

Martin Link vom Paritätischen Bildungswerk Stuttgart und der interviewte ehem. Studienrat bei den D.H.G. sehen selbstbestimmte Wohnprojekte ebenfalls unter der Ägide „Tausch“, d.h. man setzt sich ein für andere und erhält selbst sehr viel durch ein solches Engagement zurück, z.B. Gemeinsamkeit statt Einsamkeit, Großeltern-dienste gegen Zuwendung usw.

Die Realisierung solcher Wohnprojekte bedarf in der Regel eines Vorlaufs von 10 Jahren. In dieser Zeit springen viele Interessenten wieder ab. Vor allem für Ältere wäre es wichtig, diesen Planungszeitraum zu verkürzen. Da hat sich in Stuttgart mit großem Erfolg die Gründung einer Baugenossenschaft bewährt.

Die besondere Variante, daß Wohngruppen immer öfter sich nicht nur um Intergenerativität, sondern auch um ökologisches Bauen bemühen, nimmt ständig zu. Eine Sonderform stellen die „Diakonischen Hausgemeinschaften“ dar, bei denen nicht alle Engagierten auch Vereinsmitglieder sind. Das liegt an der Gruppenzusammensetzung mit vielen Behinderten, die von Sozialhilfe leben und Studenten, die kaum ein Einkommen haben. Dennoch kann man nicht von einem Unterschichtsmo-dell sprechen, weil sich gerade im Vorstand auch finanzkräftigere Mitglieder engagie-ren und außerdem bildungsgewohnte Menschen (Studenten, aber auch einige Be-wegungsbehinderte) engagiert haben.

Ein besonderes Thema ist in allen Projekten die Qualifizierung Engagierter. Hier ha-ben sowohl gemeinnützige Verbände, als auch staatliche Institutionen eine große Aufgabe, kostengünstige oder sogar kostenlose Weiterbildungen zu offerieren. Für engagierte Arbeitslose könnte die Teilnahme an Fortbildungen als Zusatzqualifikation einer häufigen „Patchwork“-Biographie zugefügt werden.

Auch dies ist ein besonders zukunftsweisendes Thema, da immer mehr Menschen aus der Erwerbsarbeit fallen werden.

Für alte Menschen bedeutet Fortbildung Anerkennung ihres Engagements und Quali-fizierung. Sie sind stolz, daß sie gesellschaftlich noch gefragt sind. Mit einer solchen Aufwertung werden sie viele kleine Einschränkungen kompensieren und - wie wir Gerontologen wissen - weniger unser Gesundheitssystem belasten.

19 Ergebnisse aufgrund der Forschungsfragen Kap. 13.2

19.1 Forschungsfrage 1, nach Rahmenbedingungen einer „Ermöglichungsverwaltung“

Es ist sicher unbestritten, daß sich eine „Ermöglichungsverwaltung“, die für „em-powerment“ (**Keupp**, a.a.O.) steht, künftig noch sehr viel stärker dafür einsetzen muß, daß sinnvolle Projekte, die aus dem Eigenengagement von Menschen entste-hen, Bestand haben können. Vorbildlich hierfür erscheinen die Zielsetzungen des Sozialministeriums in Stuttgart, aber auch, wie Martin Link erwähnt hat, die Landes-verwaltungen von Hamburg und Nordrhein-Westfalen hinsichtlich ihrer gewährten Erleichterungen bei sozial gemischten Wohngruppen. Dort werden begüterte Ältere nicht gezwungen, Wohneigentum zu erwerben, wenn sie lieber in einer Mietwohnung leben wollen. Vorherrschend ist dort das Prinzip der eigenständigen Gruppe, die zu-sammen leben und sich unterstützten will. Auch **Ulrike Petersen** (a.a.O.) von den „Grauen Panthern Hamburg“ weist in ihren Schriften darauf hin.

Die Gesellschaft hat einen Vorteil davon, wenn Menschen sich gegenseitig unterstützen und einzelne Einsame nicht dem Sozialsystem zur Last fallen. Die vielen Stunden unentgeltlicher Arbeit der Engagierten sind überdies ein wesentlicher Beitrag zum Bruttosozialprodukt.

Zu den Rahmenbedingungen, die die Verwaltung zur Verfügung stellen sollte, gehören ebenso Räume z.B. für Tauschbörsen, für die Gründung von weiteren Senioren-genossenschaften, überhaupt für Erstzusammenkünfte von Initiativgruppen. Auch Gelder für Fortbildung der Engagierten zahlen sich erheblich aus.

Eine besondere Schwierigkeit zu Zeiten knapper Kassen stellen Personalmittel dar. Wenn es langfristig gelänge, in jedem Projekt wenigstens 1/2 oder 1 Stelle für eine(n) Hauptamtliche(n) zur Verfügung zu stellen, wäre uns um die Nachhaltigkeit nicht bange. Dennoch denken wir, daß spätere Altkohorten immer besser ausgebildet sein werden und sich unter ihnen dann genügend unentgeltlich arbeitende Fachkräfte finden lassen unter der Voraussetzung, daß ein grundsätzlicher Wertewandel zu mehr in der Gesellschaft verankertem Gemeinsinn (Kommunitarismus) einsetzt.

In den USA ist das längst der Fall wie eigene Befragungen in einem Forschungsprojekt der University of Massachusetts, Boston im Jahre 1996 zeigten. Bei der Frage: "Do you volunteer?" wurde, falls gegenwärtig kein Engagement vorlag, vertextet, man könne im Moment nicht, weil man kranke Eltern/Enkel pflege, würde dies aber sofort wieder aufnehmen, wenn die Zusatzbelastung vorüber sei. Da wir selbst die Auswertung der Fragebögen vorgenommen haben, konnten wir Derartiges vielfach lesen, ohne daß es möglich war, solche inhaltlichen Aussagen in der mainstream-Forschung bei der Auswertung von Fragebögen mit SPSS zu berücksichtigen.

19.2 Forschungsfrage 2: Wer sind die Engagierten und ihre Voraussetzungen

Ich beschränke mich hier auf die "Experten des eigenen Engagements", denn bei den Hauptamtlichen ist der Beruf verzeichnet.

19.2.1 Engagiert bei Seniorengenossenschaften und der Dachorganisation ARBES

Frau V., eine ehemalige Chemielehrerin, 77 Jahre alt, gehört noch der Verantwortungsgeneration an und fühlt sich vielfach verpflichtet, bestimmte Aufgaben zu übernehmen, verfügt aber auch über eine sozialpolitische Grundeinstellung dahingehend, daß sie etwas "für das Gemeinwesen" tun wollte. Als ehemalige Personalratsvorsitzende ihrer Schule bringt sie beste Voraussetzungen für die Vorstandsarbeit mit. Es gibt immer wieder Engagierte, hier Handwerker, die nicht für Punkte arbeiten wollen, so ganz besonders bei der SG Köngen. Man hat dann 15 DM pro Std. zugrunde gelegt, was aber das Tauschprinzip durchbricht und langfristig nicht wünschenswert ist (vgl. 14.2.1.2 Interview mit Herrn Dr. K. Hummel).

Frau N., langjähriges Vorstandsmitglied bei ARBES, ist ehemalige Vorstandsekretärin eines großen Konzerns. Sie tritt sehr gewandt auf und wird noch heute (2003) nach ihrem Ausscheiden bei ARBES als Referentin in der Sache eingesetzt. Sie sagt von den Engagierten in Köngen, daß diese sich stets als Helfer gesehen (wie beim alten Ehrenamt) und keine eigenständige Verantwortung übernommen hätten. Das hat sicher auch Ursachen in der Konstellation mit einem vorsitzenden, sehr dominanten Bürgermeister. Auch das Punktesystem klappt in K. nicht. Offenbar gibt es keinen Zusammenhang zwischen Eigenverantwortung im Tauschsystem und auf der anderen Seite Sich-bezahlen-lassen als Helfer.

19.2.2 Engagierte in Tauschbörsen

Frau M.-T., Anfang 40, studiert, mit Auslandserfahrung, engagiert sich mit anderen jüngeren Frauen in der Tauschbörse E. Sie empfindet sich als Fremde in ihrer Umgebung. Sie kann auf Gelerntes in anderen Engagementfeldern zurückgreifen (Mentorenkurs, Freiwilligenbörse und als frühere Elternvertreterin) und hat sich selbst dort eingebracht, weil ihre Kinder groß sind, sie freie Kapazitäten hatte und Kontakte in ihrem Umfeld anstrebte.

Die Mitstreiterinnen in der Tauschbörse sind ebenfalls Mittelschichtsfrauen und zu meist keine langfristig Ortsansässigen.

Herr U. ist viel herumgekommen, war selbständig (Naturkostladen), als Student politisch engagiert, was er auch einsetzt in seinem Engagement mit dem von ihm gegründeten Tauschring in Heidelberg. Da er freiberuflich tätig ist (Journalist und Fotograf) und aus den Einkünften eines ererbten Miethauses lebt, wollte er sozialpolitisch etwas aufbauen. Das war der Tauschring "Markt der Talente". Er kann sich dort auch gelegentlich handwerklich engagieren. Diese Tauschbörse hat Angehörige aller sozialen Schichten, aber wenige Ältere.

19.2.3 Engagierte in Wohnprojekten

Herr T., 61 Jahre alt, ehem. Gymnasiallehrer (Schulleiter) engagiert sich bei den "Diakonischen Hausgemeinschaften", wo er auch wohnt. Er ist dabei, sein Leben "umzustrukturieren" und will mit Jüngeren zusammenleben. Sein Hobby ist die Buchhaltung, die er computergestützt dort ausübt. Er ist Mitglied des Vereins und hat sich dort auch finanziell engagiert.

Ehepaar L. (Ende sechzig) von den D.H.G., er ehemaliger Ingenieur, sie wollte schon lange in einer WG mit Jüngeren leben, was zunächst mit großer Euphorie gelungen ist.

Konflikte (Nicht-loslassen-können von Gegenständen und das Leben mit einem Schwerstbehinderten) führten nun zu ihrem Auszug.

In der WG leben Studenten, Jungakademiker, ein schwerstbehinderter junger Mann und seine nebenberufliche Pflegerin und dieses Ehepaar. Wie es hier weitergeht, ist ungewiss.

Frau S., Anfang 60, lebt und arbeitet in der Landkommune ÖkoLeA in Brandenburg. Sie war Studentin der Soziologie, hat in Werbung, Markt- und Produktforschung gearbeitet und wurde mit über 50 arbeitslos. Jetzt ist sie die Mitarbeiterin eines dort lebenden, emeritierten Professors und fühlt sich "elitär". Sie thematisiert ihre Leistungsbezogenheit, die bei den jüngeren Mitbewohnern weniger vorhanden sei. Allen Bewohnern hat es die faszinierende Kibbuzidee angetan, die aber aufgrund der 50%igen Einkommensabgabe bei unterschiedlichen Einkommen problematisiert wird.

Herr N., ca. Ende 30, ist im Kubbiz ÖkoLeA verantwortlich für die Gartenpflege (Permakultur) und seit 1994 Heilpraktiker. Was er davor machte, ist unbekannt, ich konnte ihn auch nicht fragen. Er kam ursprünglich aus Frankreich.

19.3 Forschungsfrage 3: Welches Zeitbudget steht zur Verfügung?

19.3.1 beim Engagement in der Seniorengenossenschaft

Bei Aufbau der SG Wiblingen setzte die pensionierte Lehrerin ca. 20 Wochenstunden ein. Sie vergleicht das mit einem 2/3 Lehrauftrag. Parallel hat sie später wieder Aufbauarbeit im Vorstand von ARBES geleistet, dann aber den Vorsitz in Wiblingen aufgegeben. Ein drittes Mal leistet sie Aufbauarbeit als Vorsitzende bei ZEBRA neben ihrer Tätigkeit bei ARBES. Wir haben es hier mit einem zeitlich ungewöhnlich hohen Engagement zutun, was keinesfalls die Regel bei den Engagierten ist.

19.3.2 beim Engagement in Tauschbörsen

Bei den Tauschbörsen zeigt sich ein unterschiedlicher Zeitaufwand bei den dort Engagierten. Frau M.-T. überlegt, einmal monatlich 2 Std. in der Sprechstunde und ca. 12 Std. mtl. zur Vorbereitung und Gestaltung der Marktzeitung. Der politisch denkende Herr U. will sich gar keine Zeit für sein Engagement anrechnen lassen, weil er meint, er bekomme ja dafür etwas zurück (nämlich Punkte aus dem Tauschsystem), während er bei seiner politischen Arbeit Freizeit eingesetzt habe.

19.3.3 beim Engagement in Wohnprojekten

Bei den "Diakonischen Hausgemeinschaften" werden 2 Std. wöchentlich ehrenamtliches Engagement erwartet, aber durchaus nicht von allen erbracht werden. Unter den Behinderten gibt es welche, die das nicht leisten können. "Schnorrer", die die gute Sache für sich in Anspruch nehmen, aber nichts dafür leisten, gibt es auch (vgl. meine Kritik am Konzept). Mein Interviewpartner arbeitet sicher sehr viel mehr als 2 Std., kann es aber nicht beziffern, zumal er unregelmäßig anwesend ist. Es muß halt

vor allem von ihm die Buchhaltung bewältigt werden.

Bei den anderen Wohnprojekten (WG, ÖkoLea) konnten Zeitbudgets naturgemäß gar nicht erhoben werden, da das Engagement der dort lebenden Menschen kontinuierlich für sich und in Gemeinschaft abläuft.

Anders sieht es bei dem hauptamtlichen Sozialpädagogen Martin Link aus, der sich nebenberuflich in der Baugenossenschaft „Pro“ und der Aufbauhilfe für das Projekt Burgholzof einsetzt. Er kann „überschlagen“: pro Woche 3-4 Std. neben seinem full-time job. Bei der Vorbereitung der Vereinsgründung hat er sicherlich sehr viel mehr Zeit eingesetzt.

Der Architekt und Betriebswirt, der sich in der Baugenossenschaft engagiert, arbeitet auch nebenberuflich unentgeltlich dort. Zeitlich beziffern lassen sich seine Beratungen nicht, zumal ein großer Teil Telefongespräche sind.

Wir meinen, es ist legitim, den Zeiteinsatz zu kalkulieren, auch, wenn man dafür etwas Anderes (nämlich B e lohnung statt E n t lohnung) zurückbekommt. Denn bei bezahlter Erwerbsarbeit spielt die Arbeitszeit auch eine Rolle. Warum soll der Engagierte nicht stolz darauf sein können, wieviel Zeit er einsetzt?

Es hat sich gezeigt, daß die Frage nach dem Zeitbudget in den heterogenen Interviews nicht sehr ertragreich war. Sie wurde deshalb gestellt, weil in der öffentlichen Debatte über „Bürgerschaftliches Engagement“ stets gesagt wird, es seien einige, wenige Stunden pro Monat ausreichend. Keinesfalls werde erwartet, daß sich jemand in einer 38- oder 40-Std.-Woche freiwillig engagiere! Wir haben aber gesehen, daß es in Aufbauphasen oftmals eine größere zeitliche Belastung gibt, als ursprünglich angenommen.

Die untersuchten Formen von BE stellen durch den offensichtlichen Eigennutz eine Besonderheit dar, denn üblicherweise, wenn Menschen etwas für andere tun, kann man sehr wohl eine zeitliche Belastung beziffern.

19.4 Forschungsfrage 4: Wie wirkt sich „Bürgerschaftliches Engagement“ (BE) in eigener Sache aus? (Motivation und Einlösung von Erwartungen)

Die Ergebnisse des Freiwilligensurveys von 1999 geben die Erwartungen der Befragten an ihr ehrenamtliches Engagement und ihre tatsächliche Einlösung wieder²⁸⁴).

Indirekt kommen solche Rangfolgen in Erwartung und Einlösung an die ehrenamtlichen Tätigkeiten auch in den vorliegenden Interviews vor. **Klages** (a.a.O.) rechnet diese „neuen“ Engagementmotive dem Wertewandel zu. Er meint, sie verträgen sich recht gut mit eher herkömmlichen Motiven wie „anderen Menschen helfen“ und „etwas für das Gemeinwohl tun“. Eine Korrelationsanalyse dieser Ergebnisse erbrachte, „daß zwischen `neuen' und eher herkömmlichen Motiven sehr deutliche positive Beziehungen bestehen“. Man müsse davon ausgehen, so **Klages**, „daß das offensichtliche Zurücktreten dieser traditionellen Engagementmotive“ (d.h. persönliche Opfer- und Verzichtbereitschaft) „den Typus des freiwillig Engagierten in Richtung eines

²⁸⁴) Klages, Helmut, Motivation und Motivationswandel bürgerschaftlichen Engagements. S. 306.

Menschen verändert, der in einem höheren Maß mit eigenen Wunscherfüllungserwartungen und –ansprüchen an das Engagement herantritt und der infolgedessen mit Sicherheit auch als ‚schwieriger‘ einzustufen ist als der/die ‚selbstlose Helfer/in‘ früherer Zeiten“ (S. 307). Dessen ungeachtet könne man darauf schließen, daß der Wertewandel von Pflicht- und Akzeptanzwerten zu Selbstentfaltungswerten die gesellschaftliche Engagementbereitschaft - im Sinne der These vom kooperativen Individualismus – nicht schwäche, sondern gerade umgekehrt stärke. Dieser Wertewandel sei ein wesentlicher Erklärungsfaktor für Selbstentfaltungswerte, die am Individualismus anknüpfen.

In den vorliegenden Fällen geht es um direkte Einbindung der Menschen in Tauschsysteme, d.h. sie bekommen direkt und sichtbar etwas zurück, entweder in Form von Tauschwährung oder bei den Wohnprojekten in Form von Nutznießung beim gemeinschaftlichen Wohnen.

Frau V. der SG Wiblingen reflektierte offensichtlich erst bei meiner Frage darüber, was sie wohl von ihrem Engagement hätte. Zögerlich räumte sie ein, daß es ihr geholfen habe, nach dem Tode Ihres Mannes der Einsamkeit zu entgehen und auch als Zugezogene in ein neues Umfeld integriert zu werden, neue Sozialkontakte zu schließen. Vor allem die Aufbauarbeit habe ihr einfach Spaß gemacht. Und die Förderung des Gemeinwesens sei ihr wichtig.

Nicht in jedem Falle ließen sich Wirkfaktoren erheben.

Frau M.-T. engagierte sich in der Tauschbörse E., weil sie etwas mitbewegen wollte, weil sie ihr Außenseitertum als Zugereiste und "anders-Lebende" als Menschen ihres Umfeldes überwinden wollte. Sie hat, wie die anderen Tauschringmitglieder, neue Kontakte schließen, sich den Alltag "versüßen" können durch Arbeiten, die sie nicht so gern machte wie andere Tauschringpartner, die diese gegen Punktevergütung übernehmen.

Herr U. gründete den Tauschring Heidelberg aus sozialpolitischem Engagement. Politische Tätigkeit war ihm schon immer ein Bedürfnis, und jetzt bekomme er sogar noch etwas zurück. Er möchte zum Wertewandel in Deutschland beitragen, wobei "das Tauschen ein stärkeres soziales Miteinander..." befördere. In Bezug auf die Älteren im Tauschring meint er, dieser sei für sie "ne wirklich wichtige Institution als Lebenshilfe". Sie wollten gebraucht werden und neue Sozialkontakte knüpfen.

Herr T. von den D.H.G. sieht klar den Tausch, indem er sich einbringt. Man habe ihn gebraucht, und das sei eine "sinnvolle Investition" in sein Alter. Daß er auch eine Wohnung dort gefunden habe, gehört auch dazu. Er wollte weder in einem Altersheim, auch nicht zu zweit einsam im Einfamilienhaus sein Alter leben, noch wollte er Zwänge einer Großfamilie, in Abhängigkeit von Kindern und Enkeln. Er sieht den Tausch zwischen Bedürfnisbefriedigung und Nutzen für die Gemeinschaft. Durch Reflexion kommt es zu einer Gestaltschließung. Außerdem sei er in Kontakt mit sehr

unterschiedlichen Menschen, die eine Bereicherung für ihn und für die D.H.G. darstellten.

Frau L. wollte seit 20 Jahren mit ihrem Mann in einer WG mit jüngeren Menschen leben. Das Einfamilienhaus in W. war ihnen „zu groß, zu vornehm, zu exklusiv“, es habe nicht zu ihrem Lebensstil gepaßt. Sie erfüllt sich mit ihrem Mann zunächst diesen Wunsch bei den D.H.G. Sie genießen dienstags gemeinsame, festliche Abendessen 14-tägig, mittwochs gemeinsames Mittagessen und Kaffeetrinken, im Sommer unter'm Kirschbaum und die guten Gespräche mit den jüngeren Leuten. Zunächst genießen sie auch die „Lebendigkeit“ der Wohngemeinschaft und Versöhnungen, wenn es einmal Unstimmigkeiten gegeben habe.

19.5 Forschungsfrage 5: Können solche Modelle einen Beitrag zum sozialen Frieden leisten?²⁸⁵⁾

Bislang nicht ausreichend wahrgenommen wird die volkswirtschaftliche Entlastung im Sozialbereich durch freiwillige Selbst- und Nachbarschaftshilfen.

19.5.1 Modell Seniorengenossenschaften

Frau V. beschreibt das Urkonzept der Seniorengenossenschaft, wonach jemand durch Arbeit Punkte erwirbt, die auf seinem Zeitpunktekonto gutgebracht wurden und die er später bei eigenem Hilfebedarf einlösen könne. Die Zeitpunkte seien „dokumentierte Anerkennung“. Durch einen Außenstehenden sei ihr erstmalig aufgegangen, wieviel volkswirtschaftlichen Nutzen die Freiwilligenarbeit eingebracht habe. Mitglieder, die nicht mehr selbst tätig sein könnten, aber Hilfe brauchten, denen werde geholfen.

Dann schildert Frau V. das Jung-Alt-Projekt mit der Einbindung der Schule und die Tatsache, daß sie bislang für jedes Bedürfnis einer Gruppe jemanden gefunden hätten, der anleitet, und zwar gegen Zeitpunkte. Schwerere Arbeiten, z.B. grobe Gartenarbeit vorwiegend durch Männer, würden allerdings wieder gegen Bezahlung und nicht gegen Zeitpunkte geleistet.

Vermutlich wird hier langfristig eine Haltungsänderung auch der Männer eintreten, wenn Geld für derartige Arbeiten nicht mehr ausgegeben werden kann.

Dennoch gibt es Menschen, die ihre Punkte nicht brauchen, wie sie meinen, und diese in den Hilfsfond spenden. Schon heute können viele Tätigkeiten von finanzschwachen Nutzern nicht auf dem 1.Arbeitsmarkt bezahlt werden. In diesem Fall tritt der Hilfsfond der SG dafür ein. So wird deutlich, wie „bürgerschaftliches Engagement“ (BE) einen Beitrag zum sozialen Frieden leisten kann.

19.5.2 Modell Tauschring

Frau M.-T. vom Tauschring E. bestätigt, daß dort keinesfalls eine Umrechnung von „Talenten“ in die Landeswährung erfolge.

Raumprobleme gibt es in dem kleinen Ort nicht. Notwendige Räume können kostenlos genutzt werden.

²⁸⁵⁾ Diese Frage auf der Metaebene konnte nicht von allen Interviewpartnern beantwortet werden.

Anders im Tauschring H., wo Räume gegen "Talente" vom Paritätischen Wohlfahrtsverband gemietet werden, was aber deswegen sinnlos erscheint, weil diese "Tauschwährung" vom Verband nicht eingelöst wird und dann verfällt. Langfristig wird dieser Verband wohl die Räume kostenlos zur Verfügung stellen müssen. Herr U. führt weiter aus, daß "geschichtlich Tauschringe immer ...interessant" wurden, wenn es den Menschen finanziell schlecht ging. Zwar sieht er noch nicht den für die Nachhaltigkeit notwendigen Wertewandel in Deutschland, meint aber, daß soziales Lernen im Tauschring befördert würde.

19.5.3

Modell gemeinschaftliches Wohnen

Bei den "Diakonischen Hausgemeinschaften" läuft Tausch, d.h. unentgeltliches Arbeiten gegen Wohnung (für die allerdings Miete gezahlt und Gemeinschaft geboten wird), ohne vertragliche Regelungen und ohne Ersatzwährung. Das Projekt basiert auf einem christlichen Wertekanon, ohne daß ausschließlich Christen zugelassen werden. Zwar ist das System in der heutigen Zeit hoch anerkannt, bietet es vor allem auch Behinderten ein Leben in vergleichsweise normalem Wohnumfeld durch Nachbarschaftshilfe. Ob es allerdings nach Ausfall des Leiters Ingo Franz, der alle Fäden in der Hand hält, ohne Regelungen zukunftsträchtig sein kann, sei dahingestellt. So schildert Herr T. "die Übergänge und Vermischungen zwischen entlohnter und belohnter Arbeit..." als Konfliktfläche. Insofern wäre ein Punktesystem mit dem Engagement vergolten wird, durchsichtiger und damit zukunftsweisend. Zum "sozialen Frieden" leistet das Modell der D.H.G. gewiß heute schon einen profunden Beitrag. Zum Interview des Ehepaars L. muß festgestellt werden, daß mit zahlreichen Befunden belegt wird: Menschen, die eng in einer Wohngemeinschaft (WG) zusammenleben, brauchen ein Minimum an Privatheit, d.h. mindestens ein eigenes Zimmer, das nur nach Voranmeldung von anderen betreten werden sollte. Außerdem gehört eine genaue Planung und Beratung dazu, damit die künftigen Bewohner wissen, was auf sie zukommt. Wichtig ist auch, daß die Gruppe sich vorher gut kennt und m a g , damit Konflikte auf so engem Raum weitgehend ausgeschlossen werden. Unter dieser Voraussetzung haben WG-Modelle, auch mit Behinderten, Zukunft.

Martin Link von der Baugenossenschaft "Pro" berichtet zum WABE-Projekt, daß die Philosophie dort laute: "lebendiges Miteinander der Generationen", gegenseitige Hilfe sei selbstverständlich. Gemeinschaftsräume und Gemeinschaftsflächen wirken fördernd. Die Meinung der dort Lebenden sei, der Staat komme an seine Grenzen, deshalb wollten sie Eigenverantwortung und Eigeninitiative, soweit wie irgend möglich; dies sei ein Stück Gesellschaftspolitik. Einschränkung stellen die Einkommengrenzen dar, wonach die besser Situierten Eigentum erwerben mußten, obgleich sie vielleicht lieber zur Miete gewohnt hätten.

Wenn bei späteren Kohorten weit weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen, entfallen diese Einschränkungen per se.

Die Selbstbestimmung der Gruppe, wen sie bei sich aufnehme, ist zweifellos zukunftsweisend und trägt zum sozialen Frieden bei.

Das Konstrukt der Baugenossenschaft an sich ist schon zukunftsweisend, weil durch die kollektive Ausschöpfung der Fördermittel Teilhaber aus allen Bevölkerungsschichten aufgenommen werden können.

Die Bewohner des Panther-Hauses am Lerchenweg in Hamburg-St.Georg fragen sich nach mehr oder weniger erfolgreichen 16 (!) Jahren, "ob ihre Lebensgemeinschaft wohl Modellcharakter hat".

Wir meinen durchaus, denn hier ist im Gegensatz zum gescheiterten Hofje-Projekt in Berlin-Neukölln (vgl. 14.1.3.3), die ständige fachliche Begleitung durch **Ulrike Petersen** gesichert (vgl. 12.2.2, Schluß).

Sind Landkommunen ein Beitrag zum sozialen Frieden? Trotz einiger Kritikpunkte am Projekt ÖkoLeA können wir die Frage bejahen. Sicher muß die kollektive Geldabgabe noch gerechter geregelt werden (vgl. Forschungsfrage 6), auch das würde sich bei grundgesicherten Menschen einfacher regeln lassen. Daß "die Freiwilligkeit jeder Leistung funktioniere" und man "auf Zeitarbeit als Modell unterhalb des kapitalistischen Geldmanagements" setze, wird sicher auch langfristig zum sozialen Frieden beitragen.

19.6 Forschungsfrage 6: Wann, wo und warum werden Barrieren sichtbar, die zum Scheitern solcher Modelle führen können?

19.6.1 bei Seniorengenossenschaften

Von der im allgemein recht gut funktionierenden SG Wiblingen (vgl. 14.1.1) erfahren wir, daß es Probleme vorwiegend im menschlichen Bereich gibt. Eine Supervision habe nur marginal Abhilfe schaffen können. Günstig wäre hier der Einsatz eines/ einer Mentors/Mentorin im BE (s.vor).

Für die Zukunft fürchtet Frau V., daß das Projekt scheitern könnte, wenn die staatlichen Zuschüsse für Personalkosten einer Angestellten, Raummiete und Reparaturkosten bzw. Ersatz für den Maschinenpark entfielen. Von den Mitgliedsbeiträgen sei das nicht finanzierbar, meint sie.

Zukunftssicherung liegt auch hier im Fundraising, was einen Wertewandel im Sinne des Ausspruchs von J.F. Kennedy voraussetzt (vgl. S. 31 oben).

Bei der sog. Rückwärtsentwicklung (vgl. 14.2.1.2, Interview mit **Konrad Hummel**) der SG Köngen gab es ein Defizit in der Eigenverantwortung der Engagierten, so Frau N. (vgl. 14.1.1.2). Vermutlich liegt das in einer mangelnden Ermöglicungsverwaltung, die durch den zuständigen Beamten, aber auch durch den ehrgeizigen Bürgermeister zu wenig Ermutigung für die Freiwilligen bot. Frau V. hatte bereits auf die Konfliktfläche zwischen Hauptamtlichen und Freiwilligen hingewiesen, was Frau N. von ARBES bestätigte. Sie setzt auf generelle Abhilfe durch ein Curriculum "Bürgerkurs Sozialmanagement" an der Fachhochschule Stuttgart.

19.6.2 bei Tauschbörsen

Das Risiko des Überbarterns (vgl. 8.2) scheint bei allen Tauschringen zu bestehen. Es wird unterschiedlich gelöst, entweder dadurch, daß die Tauschpartner, die zu viele Verrechnungseinheiten auf ihren Konten haben, aufgefordert werden, Leistungen nachzufragen oder aber ihre Punkte für Sozialzwecke zu spenden. Beim Tauschring Heidelberg werden mehr als 500 "Talente" nicht mehr gutgeschrieben, was die sozial engagierten Tauschpartner offenbar auch akzeptieren. Langfristig wäre eine großräumige Vernetzung der Tauschbörsen zur Abhilfe gegen Überbartern denkbar. Das setzt allerdings eine Gleichwertigkeit der Punkte-Währung voraus, die derzeit noch nicht gegeben ist.

Frau M.-T. berichtet vom Tauschring E., daß der monatliche Punkt, der für die Verwaltung berechnet werde, dazu führe, daß Tauschpartner, deren Angebote nicht nachgefragt würden, ausscheiden. Das Defizit würde dann mithilfe eines Sozialfonds ausgeglichen. Wir meinen, das hier eine weiträumigere Vernetzung Abhilfe schaffen könnte.

19.6.3 bei selbstorganisierten Wohnprojekten

Im Vorfeld der Planung gibt es aus unterschiedlichen Gründen viele Aussteiger. Ein Grund ist die Angst, daß das Projekt nach kurzer Zeit wieder scheitern könnte. Es sollte daher nicht unumkehrbar sein (**Otto, Ulrich** (1996) a.a.O. und vgl. 12.1). Engagierte bekommen während der Planungsphase Angst vor der eigenen Courage und davor, daß sie sich finanziell übernehmen könnten und springen deshalb wieder ab. Das Zeitfenster ist zu groß, als das absehbar wäre, wann ein Haus oder ein Grundstück gefunden wird. Wenn dann schließlich ein geeignetes Objekt gefunden wurde, kann es vorkommen, daß mangelnde Infrastruktur und Verkehrsanbindung Menschen zum Ausstieg veranlassen.

Auch die vorgegebenen Normierungen des Welfare-Mix mit Zuständigkeitsabgrenzungen, Finanzierungsregelungen und Förderrichtlinien stoßen häufig auf schier unüberwindliche Hindernisse und behindern das Durchstehen einer langen Planungsphase.

Abhilfe scheint hier die Gründung einer Baugenossenschaft zu sein, wie sie Martin Link für das Projekt WABE in Stuttgart beschreibt (vgl. 14.2.3.1).

Die vielen positiven Projektbeschreibungen und Zeitungsberichte maskieren häufig die konkreten Schwierigkeiten, wie es z.B. bei dem gescheiterten Hofje-Projekt in Berlin der Fall war (vgl. 12.2.1 bzw. 14.1.3.3).

Eine ausführliche und realitätsnahe Schilderung der Schwierigkeiten bei Gründung des Pantherhauses in Hamburg findet sich im Aufsatz von **Klünder, Torsten und Sinclair, Karen** (aus 1996 a.a.O.) und durch umfangreiche Dokumentationen aus dem Verlauf des jetzt 16-jährigen Bestehens des Vereins "Graue Panther Hamburg"

durch die Gründungsinitiatorin **Ulrike Petersen** (vgl. 12.2.2).

Ergänzt wird die Dokumentation mit einer Darstellung der Initiativen der Gründungsmitglieder zur Überwindung der sich auftürmenden Hürden (aggressive Öffentlichkeitsarbeit führte schließlich zum Erfolg). Das Haus in der Lerchenstr. in Hamburg existiert inzwischen seit 1987 (!). Nach langen, zähen Verhandlungen konnten hier sogar Gemeinschaftsflächen öffentlich gefördert werden (im Gegensatz zu Stuttgart Burgholzhof, vgl. 14.2.3.1).

Die Höhe des Einkommens der Bewohnerinnen sollte kein Hinderungsgrund für das Einziehen in eine selbstorganisierte Hausgemeinschaft sein, um eine "soziale Durchmischung zu gewährleisten". Herkömmliche Förderrichtlinien, die sich am öffentlich geförderten Mietwohnungsbau orientieren, korrespondieren nicht mit gemischten Einkommens- und Haushaltstypen der Wohngruppen. So führen strukturelle Hindernisse zum Scheitern vieler bundesweit sich vernetzender Projektgruppen.

Beim Vergleich des Hamburger Pantherhauses mit dem sehr viel später vollendeten Gemeinschaftsprojekt in Baden-Württemberg (Stuttgart-Burgholzhof), wo eine soziale Durchmischung nur deshalb gelungen ist, weil wohlhabende Ältere Eigentum im Gemeinschaftsprojekt erwerben mußten, bleibt zu fragen, ob wir heute möglicherweise ein "roll-back" in Bezug auf Förderung von Gemeinschaftswohnprojekten haben oder ob es doch nur an den unterschiedlichen Länderinteressen liegt. Auf lange Sicht muß gefordert werden, daß mind. auf diesem Sektor eine in allen Bundesländern einheitliche Förderung von gemeinschaftlichem Wohnen vorangetrieben wird.

Petersen (a.a.O.) beschreibt die oft schwierigen Lern- und Kommunikationsphasen in Aushandlungs- und Annäherungsprozessen, wodurch aber die Hausgemeinschaft in ihrem Zusammenhalt ständig "wachse". Reibungsprozesse gäbe es immer wieder an dem sich verändernden Wohn- und Lebensgestaltungswillen. Sie entstünden an so banalen Kleinigkeiten wie unterschiedlichem Sauberkeitsbedürfnis im Hause, Pflege des Gartens oder andere Zwistigkeiten zwischen den Bewohnerinnen. Das Austragen der Konflikte sei aber eingebettet in den gemeinsamen Wunsch, miteinander leben zu wollen.

20 Neue Lebensentwürfe Älterer in Tauschsystemen als Beitrag zum Kommunitarismus

Was haben Tauschsysteme mit Kommunitarismus zu tun?

Tauschen ist schon immer eine Überlebensstrategie des homo sapiens gewesen. Durch die hier in Rede stehenden Tauschsysteme wurden neue Lebensentwürfe initiiert dergestalt, daß sie

- gegen Engagement Sozialität bieten (Gemeinsamkeit statt Einsamkeit)
- nicht mehr bezahlbare Dienstleistungen tauschen
- Wohnraum gegen Hilfe bieten.

Im Grunde geht unmittelbarer Tausch als realer und wahrer Beziehungstifter auf